

## Was das Tonstück *Die Störung* mit dieser Textsammlung zu tun hat

Ein Auftragswerk war *Die Störung* zwar nicht grad, aber durchaus von außen her veranlaßt, will sagen: auf einen gegebenen Anlaß bezogen und uraufgeführt anläßlich eines hochoffiziellen Festaktes.

Der Festakt: Am 29. November 1990 vergab die Stadt Freiburg den Reinhold-Schneider-Preis für Musik an das Experimentalstudio der Heinrich-Strobel-Stiftung und das dazugehörige sogenannte Stipendium an mich. Vermutlich wegen meiner heldenhaften Taten und Töne im Falle Wyhl. Das Preisgeld kam unverhofft und dennoch wie gerufen, und, keine Frage, eine Ehre war es auch, und selbstverständlich beschlich mich, den Geehrten, ein gewisses Unbehagen. *Fünfzehn Jahre nach dem Fronterlebnis am Bauzaun das Eiserne Kreuz?* Das vormalig Strittige war zum politisch Korrekten geworden, das Anstößige zum Consensfähigen, es drohte jede Menge Gemütlichkeit und Mißverständnis. Ich sah also dem Festakt mit äußerstem Mißtrauen entgegen.

Und da nun das Publikum vom Preisträger ein rundum wärmendes Lied von vor 15 Jahren erwartete (ich ging wohl nicht fehl in der Annahme), naturgemäß zur Holzguitarre und in die richtige Richtung gerichtet, haben wir, Cornelius Schwehr und ich, uns für ein andersartiges Tonstück und ein anderes Instrument entschieden, einen Ghetto-Blaster aus Plastik und Metall, darin eine Tonkassette mit einer vorgefertigten Toncollage, live dazu gesprochene Texte, die ich nur mit Hilfe einer Stoppuhr zum richtigen Zeitpunkt plazieren konnte.

An der Toncollage mitgewirkt haben der Dekanatsjugendchor aus Landau, mein Nachbar Leo Poettinger, die SchauspielerInnen Sigrun Schneggenburger und Moc Thyssen, die verstorbenen Unsterblichen Karl Valentin, Richard Wagner, Lotte Lenya, mehrere namenlose Wale, der MGV „Rheintreue“ aus Weisweil und viele, viele andere. Auch das Publikum beim Festakt spielte mit und reagierte angemessen befremdet. Ich habe dann in der Folge das Stück da und dort auf Bühnen aufgeführt und schließlich die vorliegende Tonbandversion aufgenommen. Eine Widmung für den von uns beiden geliebten Jean Luc Godard findet sich eingebaut ins Textmaterial.

Gelegentlich sollte ich dann später wegen der *Störung* die Gretchenfrage beantworten, ob ich etwa der Anti-AKW-Bewegung *abgeschworen* hätte oder ob ich mich noch dazu *bekennen* könne – nun, derartige Kategorien waren mir immer im höchsten Maße suspekt, sowohl Schwur als auch Abschwur, fauler Zauber, dämliches Ritual,

Schmiere. Stattdessen haben Ursi Aeschbacher und ich beschlossen, zu dem Tonstück *Die Störung* und seinem Textmaterial drei weitere Texte von 1974, 1980 und 1991 anzufügen, welche meine Wahrnehmung der Regionalbewegung zu verschiedenen Zeitpunkten eben auch unterschiedlich spiegeln.

#### DIE BEVÖLKERUNG IST HELLWACH (1974)

Ein Beitrag für das *Kursbuch 39* (Thema: PROVINZ), der ziemlich genau die gesammelten Erfahrungen und Meinungen der Freiburger INITIATIVGRUPPE KKW NEIN dokumentiert. Stand: Winter 1974/75. Damals war die Kritik an der Atom-Mafia in der aufgeklärten Linken (anders als bei den maoistisch-völkischen K-Gruppen) noch keineswegs verbreitet, ganz im Gegenteil, bei Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Anti-Atomtod-Profis herrschte großes Mißtrauen gegen *Fortschrittsfeindlichkeit* und *Maschinenstürmerei* der Bürgerinitiativen. Unser wichtigstes Print-Medium in jener Zeit war der *Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten* (ID) aus Frankfurt, und dann, dank Ingrid Karsunke, eben jenes *Kursbuch 39*.

#### DREYECKLAND (1980)

Ein Text, den ich, wenn ich mich nicht täusche, zunächst für das Rotbuch 235 (WALTER MOSSMANN – FLUGBLATTLIEDER, STREITSCHRIFTEN) geschrieben habe. Genährt aus sehr konkreten Erfahrungen der oberrheinischen grenzüberschreitenden Regionalbewegung der 70er Jahre, und auch ein bißchen schwärmerisch abgehoben, weil da allerhand utopieverliebter Wind unter die Flügel gekommen war. Es sah so aus, als habe sich nunmehr der Nationalismus endgültig erledigt. Sah gut aus. Sehr gut.

#### DIE STÖRUNG (1990)

Anlaß: Festakt, s.w.o. Zeit: Ein Jahr nach dem Mauerfall in Berlin. Daß die Grenzen endlich offen waren – wunderbar; daß *Deutschland wieder mit sich in Reine kam* (ZDF) – gefährlich; daß sich *Deutschland umarmt* (BILD) – unappetitlich und bedrohlich zugleich (*was wird dann dazwischen zerquetscht?*); und daß eine zur allerhöchsten Autorität hinaufstilisierte NATUR allüberall das Sagen haben sollte – bescheuert. Außerdem

wollte ich unbedingt einmal mein Lieblingszitat des heiligmäßigen badischen Weintrinkers Reinhold Schneider unterbringen: *Das Wort Nation ist mir jeden Sinnes bar...*

#### EIN PFAHL IM LÖSS (1991)

Eine Reaktion auf die Zerstörungen im jüdischen Friedhof in Ihringen, August 1990. Im Vorjahr (1989) war die Nation wieder mal *mit sich ins Reine gekommen*, hatte sich *Deutschland umarmt*. Auf diese Reinigung und Selbstumarmung folgten in mehreren Wellen symbolische Anschläge auf jüdische Friedhöfe. Im Folgejahr (1991) brannten die Lebendigen – mörderische Überfälle auf Flüchtlingsheime in allen Teilen Deutschlands. Das Thema Nationalismus hatte sich keineswegs erledigt. Die *Grenze*, das *Eigene* und das *Fremde* – ein furchtbarer Dauerbrenner. Warum sollte grad meine Provinz davon verschont bleiben?

Walter Moßmann im August 2000

# „Die Bevölkerung ist hellwach!“

1974/75

Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl und ein Bleichemiewerk in Marckolsheim

## 1. WAS UNS BETRIFFT ...

Die Parole „Linke in die Provinz“ gefällt uns nicht. Die Leute in den Dörfern und Kleinstädten haben keine Sehnsucht nach Missionaren, die mit korrekten Einschätzungen aus den Universitätsstädten anreisen und auch mal auf dem Land ihren Liniestreit austoben. Wir verstehen uns auch nicht wie das „Stader Kampfkomitee“ an der Unterelbe (Liga gegen den Imperialismus) als Speerspitze mit Führungsaufgaben, die den Kampf der Bevölkerung „zu unterstützen, zu organisieren und voranzutreiben“ in der Lage ist.<sup>1</sup> Wir haben die Bewegung am Kaiserstuhl und im Elsaß nicht angeleiert, sondern wir machen mit. Das bedeutet viel Arbeit, denn wir wohnen nicht dort, sondern etwa 30 km entfernt in Freiburg. Zeitweilig fährt jeden Tag mindestens ein Auto von uns raus. Weil wir offenbar gebraucht werden, spannen uns die Bürgerinitiativen ein: wenn es um Flugblätter geht, um wissenschaftliche Argumente, Presse, juristische Fragen, Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt. In unserer Gruppe arbeiten ein Dutzend Leute (davon zwei Studenten), die in verschiedenen Bereichen politische Erfahrungen gemacht haben: in der Frauenbewegung, im Häuserkampf, in der Studentenbewegung, in Schulungsgruppen, im Umweltschutz, in Sozialarbeit, Schule, Universität und Betrieb. Wir sind nicht Mitglieder einer Parteiorganisation und z.T. einzeln vor einem Jahr in die Widerstandsbewegung am Kaiserstuhl hineingeraten, durch persönliche Bekanntschaften und Interesse an der Sache. Seit Juli 74 arbeiten wir als INITIATIVGRUPPE FREIBURG KKW NEIN im Rahmen der 21 Bürgerinitiativen, in denen sich die Bevölkerung organisiert hat. Das Wort „Provinz“ wird hier nicht gebraucht. Wir haben den Eindruck, daß es die Herablassung der Großstadt-Intelligenz ausdrückt, die da auf dem Gipfel der Modernität sitzt. Ist es eigentlich raus, daß es für das Hinterland nur eine Zukunft gibt, nämlich die Entwicklung zur Großstadt nachzuvollziehen? (So denken jedenfalls die Regionalplaner und Entwicklungsstrategen.) Und ist es sicher, daß in den urbanen Ballungszentren, „dem adäquaten Ort der Klassenkämpfe“, alle wichtigen Entscheidungen fallen? So etwa nach dem Motto: Berlin macht Revolution und schickt seine Kommissare in die Provinz ... Aber vielleicht läuft die Sache ganz anders. Viel-

leicht stecken gerade in den Verhältnissen im Land hinter den Metropolen Ansätze für Selbstorganisation und Widerstand, die bisher noch kaum wahrgenommen wurden. Eine Ursache für die Bewegung, an der wir hier teilnehmen, ist die Sensibilität der Landbevölkerung gegenüber den Gefahren der Umweltzerstörung, an die sich die abgebrühten Städte-Bewohner anscheinend längst gewöhnt haben. Der Aufbau der BRD zu einer Großmacht der Atomkraftwerke läuft auf vollen Touren, aber der Widerstand dagegen in unserer Region ist (bis jetzt) noch einmalig. Weil wir unsere Mitarbeit eben nicht als „Eingreifen“ und „Anleiten“ verstehen, weil für uns Beobachten und Lernen wichtig ist, werden wir auch vor allem beschreiben, was wir gesehen und gehört haben.

Um lernen zu können, haben wir gemerkt, muß man seine Haltung ändern, z.B. den Schutzmantel der „Selbstverständlichkeiten“ ausziehen. An einigen unserer Autos klebt neben der „KKW NEIN-Plakette“ auch der Spruch „Frauen kämpfen gegen § 218“. Ein junger Lehrer, der mit viel Durchblick in der Bürgerinitiative arbeitet, sagte erschrocken, als er das sah: „Was, *dagegen* seid ihr auch?“ Das ist kein Witz, sondern ein Beispiel dafür, daß unsere Denkergebnisse und Meinungen offensichtlich nur in unserem begrenzten Bereich selbstverständlich sind. Außerhalb muß man sie neu überlegen und neu diskutieren. Denn wenn man die Selbstverständlichkeiten verschiedener Gruppen einfach aufeinanderprallen läßt, etwa Antikommunismus auf dem Land und „Vorwärts im Kampf ...“ in der Universität, kommt nichts dabei heraus. Die ideologischen Panzer werden erst dann aufgeweicht, wenn man für ein nützliches Ziel zusammenarbeitet. Und die Verhinderung der Atomkraftwerke ist ein sinnvolles Ziel.<sup>2</sup>

## 2. DER ERÖRTERUNGSTERMIN IN WYHL

Wyhl ist ein Dorf (ca. 3000 Einwohner) nördlich vom Kaiserstuhl am Rhein, auf dessen Gemarkung ein Atomkraftwerk gebaut werden soll, mit 4 mal 1300 Megawatt das bisher größte der Welt.

Am 9. und 10. Juli 1973 fand in der Wyhler Festhalle der öffentliche Erörterungstermin in Sachen KKW statt. D.h., die Genehmigungsbehörde (verschiedene Landesministerien) ruft ein letztes Mal zu allen strittigen Fragen die Einsprecher auf, hört ihre Einwände an, erteilt der Gegenseite das Wort zur Widerlegung und bildet sich dann ein Urteil. Das Ganze hat also Tribunalcharakter, die Leute aus den Ministerien spielen Richter und fallen objektiv, „im Namen des Volkes“ den Entscheid. Das Publikum, etwa 1000 Leute aus der Region, die sich z.T. extra zwei Tage freigenommen hatten, erlebte ein lehrreiches Schauspiel. Dabei kam es weni-

ger auf die Handlung an als auf die Rollen, die sich im Lauf des Termins immer deutlicher herauschälten. Das Publikum machte sich zu diesem Stück selbst einen Schluß und ließ am zweiten Tag den Termin platzen.

Bei dieser letzten großen Veranstaltung, an der alle Beteiligten anwesend waren, haben viele zum ersten Mal in aller Ausführlichkeit gesehen, wer welche Interessen vertritt.

(1) Auf der Bühne, oben, saßen an einem langen Tisch die *Regierungsbeamten*. In der Mitte, die Regler für alle Mikrofone in Händen, der Abgesandte des Landwirtschaftsministeriums, Grawe. Er triefte vor Objektivität und Sachlichkeit immer so lange, bis es kritisch wurde. Dann schlug er einem aufgeregten Bauern herablassend vor, er solle doch seine Notizen schriftlich einreichen. Oder er ließ durchblicken, daß er das Gerede der Umweltschützer nur der Form halber erträgt. Oder er schaltete einfach die Saalmikrofone aus. Einen Befangenheitsantrag gegen sein Ministerium lehnte er entrüstet ab. Obwohl jedermann weiß, daß sein Chef, Wirtschaftsminister Eberle und Ministerpräsident Filbinger im Aufsichtsrat des Badenwerks sitzen – also im höchsten Gremium des Antragstellers. Obwohl die Regierung längst erklärt hatte, Wyhl müsse gebaut werden, um ein Ende zu machen mit der Störung durch Umweltschützer. Obwohl also das Urteil in diesem Schauprozess längst feststand, weil Richter und Antragsteller identisch sind.

(2) Unter der Bühne saßen nebeneinander aufgereiht die *Gutachter* für meteorologische, hydrologische, radiologische Fragen usw., Beamte und Professoren, eine ebenfalls neutrale, wertfreie und kompetente Instanz. Komisch nur, daß sie alle hinter einem Schwall wissenschaftlicher Terminologie unisono den gleichen Refrain sangen: Das KKW ist nicht schädlich, im Gegenteil, es wird in jeder Hinsicht segensreich sein. Das Publikum lachte dann, denn ihm war aus unzähligen Veranstaltungen vorher durchaus bekannt, daß diese Gutachter für Bezahlung das Gewünschte abliefern, lügen und dazu noch schlampig arbeiten. Als das KKW Fessenheim geplant worden war, hatten sie den Franzosen erklärt, der Wind verwehe den Kühlturmdampf nach Osten, ins Badische. Als es dann um Breisach ging, war diese Wissenschaft umgekehrter Ansicht, da ging der Wind plötzlich nach Westen ...

(3) Vorne links im Saal saßen die Vertreter der *Betreiber*, KERNKRAFTWERK SÜD GMBH (Badenwerkstochter) und der *Hersteller*, KRAFTWERKSUNION (AEG und Siemens), in Bussen angekarrte Technokraten aus Karlsruhe, Stuttgart und anderswoher, die dann und wann belästigt ans Saalmikrofon traten, um den harthörigen Bauern mal wieder die Zweifel auszureden. Einzelne waren dem Publikum schon namentlich bekannt. Man wußte, daß sie ausschließlich Profitinteressen vertreten, aber von der „Versorgung“ der Bevölkerung reden. Man wußte, daß man je-

dem Staubsaugervertreter mehr trauen kann als denen. Und daß sie das ungebildete Volk verachten. Denn diese Herren traten schon 1972 in Breisach auf. Damals hatte die Regierung das Projekt allerdings kurz vor den Landtagswahlen fallen lassen, denn die Winzer drohten mit Wahlenthaltung. Und in der Gegend von Wyhl hatten sich die Herren Braun, Stäbler und Co. bei Badenwerks-Propaganda-Veranstaltungen einen Namen gemacht, seit die Regierung am 14. Mai 1973 Wyhl als neuen KKW-Standort bestimmt hatte.

Diese ganze aufgeblasene Blase wurde noch ergänzt durch eine Hundertschaft *Bereitschaftspolizei* im Keller und *Kribo-Spitzel*, die überall mithören wollten, wo gesprochen wurde, selbst wenn man sie wegschickte.

Die Einheitlichkeit dieser KKW-Front machte das Publikum so aggressiv, daß jeder aus dem uneinheitlichen Haufen der Kernkraftwerks-Gegner beklatscht wurde, weil er wenigstens „zu uns“ gehört.

Vorne rechts im Saal saßen die Einsprecher, Umweltschützer, Bürgermeister, Bürgerinitiativen. Sie hatten in kurzer Zeit 95 000 Unterschriften für Einsprüche gesammelt und lange wissenschaftliche und juristische Einsprüche verfaßt.

Die Sprecher der *Umweltschutzgruppen* (Studenten, Professoren, Lehrer, Ärzte) waren dem Publikum ebenfalls bekannt, als Gegenspieler der Technokraten. Sie formulierten Einwände und Befürchtungen, informierten über geheimgehaltene Störfälle in KKW's, unterdrückte kritische Stellungnahmen von Kapazitäten, über wissenschaftliche Details. Sie waren mit der Regierung – ohne sich politisch zu verstehen – in einen ständig sich verschärfenden Konflikt geraten, einfach deshalb, weil sie aufklären wollten: über die Gefahr radioaktiver Verseuchung, über Atommüll, über Klimaveränderungen usw. Sie analysierten z.B. die „Energiekrise“ und bewiesen, daß die Atomkraftwerke am Oberrhein nicht den Strom für den alltäglichen Gebrauch liefern werden, sondern daß sie als Brückenköpfe einer gigantischen Industrialisierung geplant sind, die das ganze Land grundsätzlich verändern wird. Offiziell wurde das immer abgestritten, obwohl die Umweltschützer u.a. die technokratische Zukunftsvision – kurz: Ruhrgebiet am Oberrhein – aus dem badenwürttembergischen Staatsanzeiger vom 23.9.72 zitieren konnten:

„... rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen und Erholung in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen ...“

Unter den Umweltschützern, die u. a. auch diese Perspektive aufdeckten, gab es viele, die sich über die Köpfe der Betroffenen hinweg mit den Staats- und Industrie-

Technokraten in einer elitären Spezialistensprache auseinandersetzen. Viele von ihnen unterstellten der Regierung noch Uninformiertheit und guten Willen, waren kompromißbereit oder machten beschränkte Vorschläge („Energie-Sparen fängt bei uns selber an“). Aber weil sie freiwillig kamen, ohne Gehalt und dienstlichen Auftrag, weil sie manchmal naiv an die Durchschlagskraft einleuchtender Argumente glaubten und weil sie Zweifel hatten, deshalb glaubte ihnen das Publikum grundsätzlich eher als den professionellen Zweifelsräumern. Und das bedeutet sehr viel: Denn bisher hatten die Kaiserstühler niemals einen Grund gehabt, ihre Regierung als Drohung zu empfinden.

Die Sprecher der *Bürgerinitiativen* aus den verschiedenen Dörfern vertraten am deutlichsten die Meinung des Publikums. Alarmiert durch die Warnungen der Umweltschützer und die Welle von Umweltskandalen, über die in den Medien wenigstens berichtet wird, vertraten sie zunächst ökonomische Interessen. Sie fürchten mit gutem Grund für die Landwirtschaft: die Mais- und Getreidefelder, Obst- und Tabakplantagen, Fischerei; fürs Grundwasser, die Wälder. Die stärkste geschlossene Gruppe sind die Winzer. Jahrelang durch Subventionen, Rebumlegung, Einführung moderner Methoden und sehr viel Familienarbeit hochgezüchtet, soll jetzt der Kaiserstuhlweinbau den Interessen der Großindustrie geopfert werden. Das sieht kein Mensch ein. Deshalb ist die Vertrauenskrise auch so einschneidend. Früher hat die Regierung Subventionen geschickt und jetzt die Atomindustrie. „Wir können unseren Acker nicht auf den Buckel nehmen und damit wegziehen“, sagt ein Tabakpflanzer. Und für die Nebenerwerbslandwirte, die in Freiburg bei der Rhodia oder in Malterdingen bei Klöckner arbeiten, gilt das auch: Ihr Grund, ihr Haus, ihr Stück Weinberg war bisher in jeder Krise eine Sicherheit, ein nützliches Rückzugsgebiet.<sup>3</sup>

Die Sprecher der Bürgerinitiativen sind sehr gut informiert, besser als wir es damals waren, besser als viele (sonst kritische) Großstädter, die die ganze Bewegung mit Maschinenstürmerei verwechseln. Viele Dorfbewohner, auch solche, die wenig lesen, haben seit Jahren Informationsveranstaltungen besucht, Bücher gelesen, Flugblätter verfaßt und zu Tausenden einzeln in die Briefkästen gesteckt (in einem Umkreis von 50 km), demonstriert und Leserbriefe verschickt.

Das *Publikum* hat sich in den zwei Tagen Erörterungstermin nicht aufs Zuhören beschränkt. Es revoltierte mit Sprechchören, Zwischenrufen, Pfiffen, wenn die offiziellen Lügen zu unverschämt wurden. Nach arroganten, autoritären Wendungen des Vorsitzenden Grawe brach minutenlang Tumult los. Zum ersten Mal riefen die Leute den lapidaren Sprechchor: „Das KKW wird nicht gebaut!“ Und als die Bürgerinitiativen am Nachmittag des 10. Juli zum Auszug aufriefen, blieben praktisch nur Regierung, Industrie, Polizei und Presse im Saal – eine sehr sinnfällige Allianz.



Aus Freiburg waren bei diesem Erörterungstermin, angezogen weniger vom Problem der Umweltzerstörung als von der „Volksbewegung“, etwa 100 bis 120 Leute, wenige über 30. Sie hatten in irgendeiner Weise etwas mit der Studentenbewegung und ihren Folgen zu tun, waren irgendwie intellektuell und politisiert und im Besitz einiger scheinbar selbstverständlicher Raster. Fast alle von uns hatten Lust, das politische Lehrstück in der Wyhler Festhalle nach eigenem Geschmack umzuschreiben, ohne die Rollen wirklich zu kennen, also *einzugreifen*. Im Bewußtsein, zu wissen, was in unserer Gesellschaft ja doch immer gespielt wird, obwohl man das so leicht eben nicht wissen kann. Die Führung zu übernehmen, obwohl das gar nicht geht. Vielleicht auch noch im geläufigen Politjargon zu erklären, was unverständlich bleiben würde. Wir haben den Eindruck, daß eine vernünftige Mitarbeit in einer solchen Bewegung davon abhängt, daß man dieser Lust nicht einfach nachgibt, sondern bereit ist zu lernen.

### 3. ERSTE KRISE: AUGUST-SEPTEMBER 74

Nach dem Erörterungstermin von Wyhl waren alle konventionellen Mittel erschöpft, die Regierung konnte jetzt ungestört entscheiden. Und es war allen klar: Wenn nichts passiert, wird das KKW gebaut. Die ganze Kampagne gegen das KKW war von der Vorstellung ausgegangen: wenn nur gut genug argumentiert wird und wenn der Widerstand sichtbar groß ist, wird die Regierung von ihrem Plan ablassen. Ergebnis: drei Jahre Argumentieren und drei Jahre Demonstrieren haben nichts genützt. Blieb noch die schwache Hoffnung auf die aufschiebende Wirkung eines Einspruchs vor dem Verwaltungsgericht – alles andere hing von den Bürgerinitiativen ab.

Die CDU ist Regierungspartei, SPD und FDP betreiben in anderen Ländern dieselbe Politik, sie versuchen sich in Wyhl allenfalls aus Reklame-Gründen an die Volksbewegung anzuhängen – und sie zu entschärfen. Landwirtschafts- und Weinbauverband reagieren nur schwach auf Druck von unten, exponieren sich aber nicht. Und der DGB hat sich für Atomkraftwerke ausgesprochen, weil er nicht wagt, die Qualität und den Nutzen der Arbeitsplätze infrage zu stellen. Weil er es übernommen hat, die Propaganda der Atomindustrie für „saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit“ bei den Arbeitern zu verbreiten.

Aber was sind das eigentlich für Bürgerinitiativen, von denen jetzt alles abhängt? Außer wenigen vereinsmäßig organisierten (Weisweil, Wyhl, Endingen, später noch Sasbach und Kiechlinsbergen) sind es lose Gruppen in der gesamten Region, deren gemeinsamer Führungszirkel (vielleicht 30 Leute) sich ziemlich regelmäßig in einem

Gasthaus oder Gemeindehaus trifft. Die führenden Leute sind: wohlhabende Winzer, Lehrer, Apotheker, Gastwirte, Müller, Ärzte, dorfstämmige Studenten usw. – die Orts-Elite. Einige Pfarrer spielen zeitweilig eine wichtige Rolle. Frauen, Jugendliche und Arbeiter sind – jedenfalls vor der Platzbesetzung – nur am Rande beteiligt. Hinter der Führungsgruppe steht in manchen Zeiten fast die ganze Region. Denn gegen Atomindustrie und Regierung kam an vielen Orten eine Art Einheitsfront zustande wie gegen einen ausländischen Eroberer. Das Bewußtsein der kollektiven Bedrohung hat bei den Winzern klare Gründe: Alle Weinbaudörfer sind in Winzergenossenschaften zusammengeschlossen, der gesamte Kaiserstuhl handelt ökonomisch und politisch gewöhnlich gemeinsam, hat auch bisher gemeinsam CDU gewählt – jetzt muß er sich gemeinsam wehren. In dieser Einheitsfront treten zeitweilig die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Gebildet und Ungebildet in den Hintergrund. Besonders wohl deshalb, weil auf dem Land der soziale Abstand – soweit er sich in Sprache, Umgangsformen, gegenseitiger Kenntnis, ja sogar in Arbeit ausdrückt – nicht so groß ist wie in der Großstadt. Der reiche Winzer, Apotheker und promovierte Chemiker Sch. kennt sehr viele Leute persönlich, spricht Dialekt, macht Feldarbeit. Die Kommunikation in den Dörfern ist direkt, persönlich. In heißen Phasen des Kampfes läuft die Mobilisierung mündlich: auf der Straße, im Gasthaus, auf dem Feld, im Laden, am Telefon. Auf diese Weise wurde die Argumentation über Kernkraftwerke verbreitet, auf diese Weise kommen dann auch die schnellen Aktionen zustande, wie etwa Straßensperren oder die Blockade einer Grenzbrücke.

Die Überschaubarkeit und strenge soziale Kontrolle im Dorf, unter der jeder Unangepaßte elend leidet, ist also offenbar für diesen Kampf zunächst ein Vorteil. Wenn wir in der Bewegung mitarbeiten wollten, konnten wir natürlich nicht als Gruppe ständig zusammenglücken, sondern mußten an dieser direkten persönlichen Kommunikation teilnehmen – was gar nicht einfach ist, wenn man 30 km entfernt wohnt (das geht auch in die Telefonrechnungen). So haben wir auch über persönliche Bekanntschaften immer mehr begriffen von der Realität dieser Region, obwohl unser Bekanntenkreis zunächst auf die Führungsgruppe eingeschränkt war. Am 25. August rafften sich die Bürgerinitiativen noch einmal zu einer „Trotz-allem-Demonstration“ auf, dem Sternmarsch nach Wyhl. 2000 Leute kamen, zum ersten Mal auch etwa 100 Elsässer, die gemeinsame Parole hieß: KEIN KERNKRAFTWERK IN WYHL – KEIN BLEIWERK IN MARCKOLSHEIM!

Denn inzwischen gab es eine neue Entwicklung: Schräg gegenüber auf der französischen Rheinseite, etwa 2 km Luftlinie entfernt, wollten die Chemischen Werke München (CWM) ein Bleichemiewerk bauen. Die Warnungen der Umweltschützer (ein Atomkraftwerk kommt selten allein) bestätigten sich schneller als erwartet. Zur

selben Zeit konnte aber jeder aus Fernsehen und Zeitungen erfahren, welche katastrophalen Schäden die Bleiwerke Nordenham, Stolberg und Hoboken (Belgien) angerichtet hatten: Bleivergiftung bei Arbeitern und Umwohnern, vor allem Kindern, tote Rinder im Umkreis von einigen Kilometern, verseuchtes Wasser, verseuchte Pflanzen usw. Und das, auch wenn die Filter dichthalten. Dazu kam, daß die CWM schon mehrmals vergeblich einen Platz zur Niederlassung gesucht hatte. Dazu kam, daß der Chef und Mehrheitsaktionär Dr. Christian Rosenthal (der Rest gehört der DEGUSSA) mit falschen Zahlen operierte, nämlich mit 3 t Bleistaub im Jahr, obwohl 8 t anzunehmen waren. In Marckolsheim hatte eine Umweltschutzgruppe fünf Monate lang über die Bleifahr aufgeklärt und die Mehrheit der Gemeinderäte überzeugt. Aber der französische Präfekt Sicurani in Straßburg gab trotzdem die Baugenehmigung.<sup>4</sup>

Den badischen Winzern auf der anderen Rheinseite war klar geworden, daß ihr Weinbau wohl noch schlimmer betroffen ist als ganz Marckolsheim. Sie schlossen sich dem Protest der Elsässer an.

Am Abend nach dieser Demonstration in Wyhl kam es zu einem historischen Treffen der Bürgerinitiativen. Denn die Elsässer, von denen einige auch Larzac-Erfahrungen hatten, schlugen vor, jetzt, da alle anderen Mittel ausgeschöpft seien, Platzbesetzungen vorzubereiten, und zwar in beiden Fällen, Marckolsheim und Wyhl, und gemeinsam.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, alles andere ging blitzschnell: Ein Ausschuß veröffentlichte nach einer Woche die „Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung“, in den badischen Dörfern wurde eine Aufklärungsveranstaltung nach der anderen durchgeführt, am 16. September begannen die CWM in Marckolsheim mit dem Bau, am 20. September hörten sie damit auf.

#### 4. DIE PLATZBESETZUNG IN MARCKOLSHEIM

*1. Woche:* Am zwanzigsten September geben die Marckolsheimer Bleialarm aus. Einige hundert Demonstranten betreten den Bauplatz und diskutieren mit den Arbeitern, die am Bauzaun wirken. Frauen stellen sich strickend in die 1 m tiefen Erdlöcher und verhindern, daß Pfähle eingesetzt werden. Das Wetter ist schön, die Stimmung sehr friedlich. Wir fahren Autos auf den Platz, pflanzen Transparente ein und zwei Zelte.

Die Arbeiter gehn nach Hause. Am Abend brennt ein Lagerfeuer, Nachtwachen werden eingerichtet, Funkkontakt in die Dörfer. Bei einem Polizeiüberfall sollen Kirchenglocken und Feuersirenen die ganze Region alarmieren. Mobile Informati-

onstrups arbeiten in den elsässischen Dörfern. Ab jetzt ist der besetzte Platz das Zentrum des „Internationalen Komitees der 21 Bürgerinitiativen“. Entscheidungen werden bei Versammlungen gefällt. Das ist sehr gut, weil hier die Angeber und selbsternannten Repräsentanten des Umweltschutzes fehlen. Am Sonntag sind 1000 Leute da, immer mehr Bauern freunden sich mit der Platzbesetzung an und halten sie jetzt für *möglich*. Ab Montag morgen beginnen die Tageswachen, je ein elsässisches und badisches Dorf. Die Bauern kommen früh um 6 mit stolzen Traktorenkonvois. Die Arbeit auf dem Bauplatz wird nicht wieder aufgenommen. Jetzt stehen schon 20 Zelte, Unterstände werden gebaut, ein Windfang-Halbkreis ums Feuer gezogen. Aus den Dörfern kommt Material, Holz, Planen, ein großer Viehwagen für Versammlungen, wenns regnet. Am Donnerstag läßt der Präfekt die Grenzbrücke für badische Demonstranten sperren. Daraufhin blockieren sie die Grenzbrücken in Sasbach und Breisach. Viel *action*, die Presse beginnt zu berichten. Die Marckolsheimer Frauen richten eine Kantine ein. Wer auf dem Platz ist, beschäftigt sich: Kinderspielplatz bauen, Hühnerhof einrichten, Training für den Fall eines Polizeiüberfalls. Die Besetzung wechselt, aber wir beginnen uns kennenzulernen.

2. *Woche*: Das „Internationale Komitee“ gibt Presseerklärungen ab, verhandelt, verschickt offene Briefe, z.B. an Rosenthal: „Herr Direktor, bei uns in Marckolsheim ist es üblich, öffentliche Angelegenheiten öffentlich zu verhandeln ... Bedenken Sie, daß wenn ein Volk für seine Freiheit und die Zukunft seiner Kinder kämpft, niemals der Angreifer oder Unterdrücker das letzte Wort hat ...“ Wir lernen jetzt auch die Jüngeren aus den Dörfern kennen. Ein Jungbauer aus Amoltern z.B., an dem drei Jahre KKW-Kampagne spurlos vorbeigegangen war, ist fast ständig da, informiert sich, diskutiert, fühlt sich wohl. Drei junge Arbeiter aus einem Elsaßdorf kommen nachts ans Wachfeuer, skeptisch: „Ihr spielt wohl Camping?“ Wir reden ziemlich lang, das mit dem Bleistaub ist ihnen klar. Aber bisher fanden sie jeden Widerstand in Form von Demonstrationen bloßes Getue. Die Platzbesetzung gefällt ihnen. Später kommen sie oft, organisieren auch Nachtwachen. Überhaupt: Hier sieht man viel mehr Lehrlinge und Jungarbeiter. Das gibt manchmal Konflikte mit den Älteren, wenn getrunken, gesungen und (vermutlich) gevögelt wird. Die Konflikte sind lösbar. Die Frauen verhalten sich auf dem Platz meistens als Gruppe, ihre Argumentation ist grundsätzlicher als die der Bauern, sie bleiben länger. In Weisweil beginnt die „Badische Fraueninitiative“.

3. *Woche*: Jeder Abend ist ein kleiner Treffpunkt, mancher überlegt nicht lange, ob er in die Kneipe zu Hause oder „auf den Platz“ geht. Sonntag ist ein großer Treffpunkt. 2000 Teilnehmer bei der Kundgebung. Ein Sprecher von 18 000 organisierten elsässischen Pendlern solidarisiert sich mit der Platzbesetzung. Wir lernen die

aktivsten Elsässer besser kennen: Da gibt es Naturschützer (einige Studenten, selbständige Hausfrauen), die früher nur den Wald im Auge hatten. Sie politisieren sich zusehends. Oder die Leute von „S.O.S. Plaine du Rhin“ (Lehrer, Studenten, ehemalige Studenten, die jetzt jobben). Sie arbeiten mit den gewaltfreien Widerstandstechniken, nach dem Modell Larzac.<sup>5</sup> Die Franzosen haben es leichter, mit den Leuten aus den Dörfern in Kontakt zu kommen. Diskussionsthemen auf dem Platz: Landwirtschaft. Sex. Industrialisierung. Badischer Wein – Elsässer Wein. Platten. Löhne in der BRD für Pendler. Öchslegrade. Atomkraftwerk Wyhl. „Sollen wir den Platz bepflanzen?“ Die Zelte genügen nicht. „Wer ist der?“ Rosenthal. Spitzel. Sozialismus. Das Mittagessen ist vom Altersheim in Colmar gestiftet. Gewaltfreiheit. „Bist du ein Roter?“ Brennholz. Der Platz verschlammt ...

4. *Woche*: Wir verbreiten das Platzbesetzerlied „Die Wacht am Rhein“, das allen gefällt, weil es viele Einzelheiten aus den Dörfern verarbeitet und zum Teil so direkt ausdrückt, wie man es in Reden nicht darf. In Marckolsheim wird gewählt (elf zurückgetretene Gemeinderäte fehlen): die GISEM, Umweltschutzgruppe Marckolsheim, besetzt alle elf leeren Stühle. Ein Platzbesetzer wird Bürgermeister. Das Komitee und die Badische Fraueninitiative drohen der *Badischen Zeitung* wegen nachlässiger Berichterstattung mit Boykott. Die Berichterstattung ändert sich (zunächst) zu unseren Gunsten.

5. *Woche*: Am Sonntag sind 4000 Leute auf dem Platz. Parole: „Es ist ungewiß, ob wir dem Sieg nahe sind. Aber sicher ist: wir sind ihm näher als zu Beginn der Aktion.“ Fernseh-Leute und Pressefotografen haben sich auf die Marckolsheimer „Bauern-Folklore“ eingeschossen, ein *Spiegel-Artikel* erscheint. Die baden-württembergische Landesregierung erklärt in Stuttgart, daß die Bleigefahr nicht besteht und daß CWM nicht verhindert werden kann.

6. *Woche*: Das Wetter bleibt so schlecht, wie nicht mehr seit Jahrzehnten. Wir bauen Knüppeldämme und streuen Kies. Ein heizbares Blockhaus wird hergestellt, ausrangierte Busse auf den Platz gebracht. Einen fürs Büro, einen für die Küche, einen zum Schlafen. Wir beschließen eine Lagerzeitung. „Wir“? Nach sechs Wochen Platzbesetzung sind die Leute aus der Stadt und aus dem Dorf, die Alten und die Jungen, die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen sich viel bewußter, daß es Unterschiede zwischen uns gibt, als bei einer anonymen Demonstration. Deshalb gibt es auch mehr Konflikte, die aber erst später platzen.

7. *Woche*: Die baden-württembergische Regierung erklärt, daß die Bleigefahr sehr wohl besteht und daß CWM sehr wohl verhindert werden wird. Durch wen wohl? (nach sieben Wochen Platzbesetzung durch die Bürgerinitiativen) – durch den Retter Filbinger, der direkt und via Bonn in Paris interveniert. Das ergibt zuerst ein großes Gelächter.

Dann kündigt Minister Eberle per Zeitungsannonce die Genehmigung des Atomkraftwerkes Wyhl an. Das ergibt eine gewaltige Wut. Am Tag nach der Zeitungsannonce hält sich zufällig die CDU-Fraktion nicht im Landtag, sondern in der Winzergenossenschaft Kiechlinsbergen auf, nichtsahnend. 1000 Bauern, in kurzer Zeit mobilisiert, schließen die CDULer ein und fordern Rechenschaft. Die CDU-Spitze ist erbost, daß ihr Minister sie in Schwierigkeiten gebracht hat, und darf nach zwei Stunden entweichen ...

8. *Woche*: Es geht weiter.

9. *Woche*: Auf dem Platz wird ein Rundbau aus Holz (nach dem Vorbild einer Jurte) fertiggestellt, der Raum bietet für 400 Personen. Als letzte kamen aus Sasbach einige Leute (Bauern, Arbeiter und ein Gemeindeangestellter) mit Handwerkszeug, um das Dach (mit Holz) zu decken. Sie fragten nach dem „Verantwortlichen“. Raymond, ehemaliger Student aus Mulhouse, der jetzt gelegentlich jobbt, ein Gewaltfreier und einer der zwei Ständigen auf dem Platz, meint, es gebe keinen. „Ihr seht doch, was noch fehlt“. Sie sehen es. Einige Elsässer machen noch mit, abends ist das Haus fertig. In der Zeitung steht (etwas voreilig, aber wahrscheinlich richtig): „Marckolsheim hat gewonnen“. Der Bürgermeister-Platzbesetzer, ein Veterinär, ruft zum Siegesfest auf – mit dem Hintergedanken, danach die Platzbesetzung aufzugeben. Der Konflikt bricht auf.

Die Konservativen haben Angst vor den vielen unkontrollierbaren Erscheinungen auf dem Platz: Flugblätter, Politik, laute Musik, lange Haare, ordinäre Sprache, Studenten, Arbeiter, Trubel, Unordnung, Unordnung, Unordnung.

Die Militanten (übrigens auch einige Ältere, viele Frauen) fürchten Verrat, Vertrauensseligkeit, Feigheit, heimliche Absprachen, Sonderfrieden, Repression, Zensur, Kapitulation.

10. *Woche*: Der Kampf geht mit einem Kompromiß weiter: der besetzte Platz „Le terrain libéré“ wird nicht mehr als regionales Kommunikationszentrum benutzt. D.h., die Kantine und der Weinausschank werden abgeschafft. Aber die Platzbesetzung wird aufrechterhalten, zwei Personen bleiben ständig. Die neugeschaffenen Gebäude bleiben, das Alarmsystem bleibt.

Und im übrigen ist jetzt auch der Kampf in und um Wyhl wichtiger.

## 5. FRAUEN SCHLAGEN ALARM

Bevor es die *Badischen Fraueninitiative* gab, kamen wir mit zwei Problemen nicht weiter.

- Die Frauen aus unserer Freiburger Gruppe gerieten immerzu in dieselben Schwierigkeiten, in den Dörfern wurden sie zunächst mal als Politmiezen angesehen. Sie sind jung, unverheiratet, selbständig, leben in Wohngemeinschaften in der Stadt und sind sehr mobil. Wie wird das übersetzt? – die sind interessant und vermutlich leicht zu haben ... Weil diese Frauen aber fast alle aus der Frauengruppe kommen, mochten sie es überhaupt nicht leiden, als exotisches Lärvchen mit nettem Hintern behandelt und betatscht zu werden. Bloß, wenn sie das kritisierten und sich wehrten, kam ihr Verhalten erst recht als kokette Herausforderung an.
- Die Frauen aus den Dörfern hatten lange nichts zu sagen. Die Bürgerinitiativen sind, was Geschlechterrollen betrifft, etwa so emanzipiert wie ein Bierkegelskat-Stammtisch. Deshalb bleibt man bei Sitzungen am liebsten unter sich und redet von Mann zu Mann. Während z.B. Frau und Töchter zu Hause den Betrieb aufrecht erhalten. Wenn die Entscheidungen gefällt sind, werden dann die Frauen herangezogen und eingesetzt: fürs Archiv, für jede Schreibarbeit, zum Telefonieren, Flugblattverteilen usw.

Als die Platzbesetzung in Marckolsheim anging, setzten sich einige Frauen aus Weisweil und Freiburg mal zusammen und redeten über diese Probleme. Und dabei kam heraus, daß das im Interesse der Frauen und im Interesse der ganzen Bewegung anders werden muß. Denn die Frauen sind oft entschlossener und argumentieren grundsätzlicher als die Männer, haben aber wenig Möglichkeiten, sich überhaupt ins Spiel zu bringen. (Wir hatten schon vorher bemerkt, daß da noch einiges unter der Oberfläche steckt, was manchmal kurz herauskommt. Zu Aktionen kamen z.B. viele Frauen in Gruppen, untergehakt. Sie marschierten als erste auf die Grenzbrücken, um sie zu besetzen. Und als sie beim Erörterungstermin in Wyhl mal einen Gemeinderat aus Wyhl erwischten, der das KKW wollte, hatte der nichts zu lachen.)

Während einer Kundgebung auf dem besetzten Platz in Marckolsheim riefen einige Frauen dazu auf, eine Frauenveranstaltung vorzubereiten. Das erste Flugblatt kam zustande, „Frauen schlagen Alarm“, auf dessen Rückseite ein offener Brief an Filbinger abgedruckt wurde, den eine Frau aus Weisweil geschrieben hatte. Die erste Frauenveranstaltung schlug ein, man mußte das vorgesehene Gasthaus wechseln, weil es zu klein war. Ein Führer der Bürgerinitiativen, so ein waschechter Hans Schwanzprotz, konnte es nicht lassen, er mußte mal nachprüfen, was da in Sasbach passiert. Anschließend kam er rüber ans Wachfeuer in Marckolsheim, rannte ziemlich aufgelöst rum und sagte mit einer komischen Mischung aus Bewunderung und Schrecken: „Zwaihundert Wiiber in Sasbach, zwaihundert Wiiber!!!“

Die Badische Fraueninitiative hat seither ständig weitergearbeitet. Zu den Veranstaltungen kam bis zu 450 Frauen, über Frauengruppen wurden erstmals Dörfer mobilisiert, in denen es vorher still war. Die Argumentationen gegen das KKW und das

Bleiwerk wurden grundsätzlicher, damit wirkungsvoller. Die Winzer z.B. redeten fast ausschließlich von der Geschäftsschädigung (was sie anfällig macht für Entschädigungs-Versprechungen!) – die Frauen erinnerten sich an Contergan und die Quecksilberkrüppel in Japan. Kann man so was mit Entschädigungen wieder gutmachen? Am Anfang hatten einige „führende“ Männer ein krankhaftes Mißtrauen, sie forderten z.B.: „Die Frauenflugblätter können halb so groß sein wie unsere“, und: „Wir müssen erst ein Frauenflugblatt prüfen, bevor es raus kann ...“; andere erklärten offen: „Ihr fallt uns in den Rücken!“ oder „Ihr spaltet die Bewegung!“ – ein Satz, der uns auch geläufig ist.<sup>6</sup>

Aber als sich herausstellte, daß mit der Badischen Fraueninitiative die ganze Sache einen mächtigen Aufschwung erhielt (was dringend nötig war), wurde diese Angst überlagert von einem merkwürdigen Stolz. Ab jetzt hieß es öfter: „Unsere Frauen an vorderster Front!“, und erstmals stellte sich die Frage vor einer Demonstration: „Wer spricht für die Frauen?“

Trotzdem: Der Konflikt, der da aufbrach, ist noch lange nicht gelöst. Die Bürgerinitiativen sind im Verhältnis zu den Institutionen mehr demokratisch – aber im Verhältnis zu den Notwendigkeiten viel zu autoritär, zugeschnitten auf die einsamen Entscheidungen der „führenden Männer“. Diese Führer, die (für ihre Verhältnisse) unter dem Druck des ganzen Kampfes extrem weit gegangen sind, sammeln nach konventionellen Vorbildern soviel Verantwortung an, bis sie daran erstickten. Sie wollen alles unter sich vordiskutieren und vorbereiten und merken nur sehr schwerfällig, daß damit 90 Prozent der Kraft dieser Bewegung ausgeschaltet wird. Während der Platzbesetzung wurde ein Teil dieser Kräfte erstmals freigesetzt, deshalb war sie auch so effektiv und befreiend, aber das war auf dem „terrain libéré“. Mit der Fraueninitiative gibt es solche wirklich demokratischen Ansätze zum ersten Mal auch in den Ortschaften.

(Wer mehr wissen will über die *Badische Fraueninitiative* kann das ausführlich nachlesen in einem Bericht des Freiburger Frauenkollektivs im *Frauenjournal* Nr. 2, Verlag Frauenoffensive, München, DM 4,50.)

## 6. WAS UNS AUFGEFALLEN IST

### 1. Der radikale Viehhändler

Erörterungstermin in Wyhl. Auf dem Vorplatz der Festhalle steht ein Mann in blauer Arbeitskleidung. Er führt eine Kuh am Strick, auf deren Bauch er mit roter Farbe „KKW NEIN!“ gepinselt hat. Er hält den ganzen Tag aggressive Reden, in breitem Dialekt, mit schlagenden, direkten Wendungen, erbost und witzig.



Am Abend, als der Tag in Freiburgs linken Kneipen als „Volkskampftag“ aufgearbeitet wird, kann man von diesem Mann hören. Aber wie! „Dann sagt der Arbeiter mit der Kuh ...“, „dann legte der Arbeiter aber los ...“ Der Mann mit der Kuh ist Millionär, Metzger und Viehhändler vom Kaiserstuhl. Er fürchtet zu recht, daß ihm mit der Industrialisierung seine Felle wegschwimmen. Deshalb verteidigt er seinen Besitz und seine Einkommensquelle: die Landwirtschaft.

In einem früheren Wahlkampf hat er einen DKPler mit seinem Schlachtermesser bedroht, um seinen Besitz zu verteidigen; jetzt droht er der CDU-Regierung. Aber weil die Genossen annehmen, daß das revoltierende „Volk“ nichts anderes sein kann als die Arbeiterklasse plus Anhängsel, fällt ihnen zum Mann mit der radikalen Kuh nur „Arbeiter“ ein. Wer sonst könnte so populär, unverblümt, radikal reden, in breitem Dialekt?

Der Viehhändler ist ein Militanter gegen das Atomkraftwerk, aber kein Lohnkämpfer.

## 2. „Wir Unternehmer“

Sonntag auf dem besetzten Platz in Marckolsheim. Ein paar badische Winzer reden auf den Mann vom *Spiegel* ein. Sie wollen sich vom Vorwurf der Staatsgefährdung reinwaschen. „Wir sind doch nicht irgendwer, das müssen die in Stuttgart doch begreifen! Wir sind doch keine Roten, keine Studenten oder Radikalen! Sondern ordentliche, normale Leute, Winzer, wir sind doch auch *Unternehmer!* Warum behandelt man uns jetzt so?“ Sie meinen das in vollem Ernst. Sie sehen zum ersten Mal, daß die anderen, die großen Unternehmer, den Bauern die Felder und Weinberge unterm Hintern wegziehen und sie in die Fabrik schicken. Ein Student, der daneben steht, erhebt empört Einspruch, hier kämpfe doch vor allem die werktätige Bevölkerung gegen die Monopole usw.

## 3. Das Große Geld

Wir sprechen über das Atomkraftwerk Wyhl. „Da geht es um das Große Geld“, sagt einer, „da werden sie ganz anders kommen, mit viel Polizei. Die kennen nichts, wenn es um ihren Profit geht.“

Dann reden wir über das Interesse von *Siemens* an den Atomkraftwerken, über die Skrupellosigkeit von Rosenthal, über die „neutralen“ Wissenschaftler, die die Regierung bezahlt.

Dann sage ich mal „Kapitalismus“ und blitze ab.

#### 4. Kopfnicken

Wachfeuer in Marckolsheim. Ein organisierter Student erklärt drei Bauern die Zusammenhänge, verweist auf China. Die Bauern sagen nichts, manchmal nicken sie mit dem Kopf, das ermuntert den Studenten. Er holt aus.

Später höre ich, wie er von seiner Überzeugungsarbeit berichtet. Die Bauern hätten ihm weitgehend zugestimmt.

Zufällig höre ich auch, wie die Bauern die Szene einschätzen. Sie halten den Studenten für einen Idioten. Sie schreien nicht gleich, widersprechen nicht. Ihr Nicken ist manchmal vernichtender. Wir haben uns daran gewöhnt, Rede und Gegenrede zu führen, aber das sind Rituale, die nur in einem begrenzten Raum üblich sind.

#### 5. Muttersprache

Während der Grenzbrückenblockade in Sasbach hält M. Sch., Gemeindeangestellter in Wyhl, eine Rede: „Ich main grad ebis profitiere mir doch bi dem ganze Krieg, wo iiber uns goht. Mir sähne wieder emol, daß mir zämmeghere. Und mit nit anders bringt mr des besser zem Üsdruck, wie mit unsere aigene Sproch. Mit ere Sproch, wo se in Paris nit verstähn, wo se in Bonn nit verstähn, und wo selle in Minche au nit verstähn. Aber wo mir üs em alemannische Raum älli verstähn. Und mit ere Sproch, wo so vielfältig isch, und wo mir unser Gmiet äso üsdrucke kenne mit.“

Die Gespräche im internationalen Komitee der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen wurden von Anfang an im Dialekt geführt, und zwar mit Lust. Da drückt sich eine lange Geschichte aus: Die Badener und Elsässer haben immer eine große Distanz zu den nationalen Regierungen gehabt, die französisch und preußisch sprachen. Man hat sie gezwungen, die Siegfried-Linie und die Maginot-Linie zu verteidigen, obwohl sie kreuz und quer über den Rhein verwandt, befreundet, verliebt waren. Sie hatten immer dieselben Kriegsfolgen zu tragen. Jetzt halten sie einmal die „Wacht am Rhein“ nicht gegeneinander, sondern miteinander, von unten gegen oben, daß ihnen kein Bleiwerk und kein Atomkraftwerk aufs Dach fällt.

In den Amtsstuben, Schulen, Unis, Büros wird kein Dialekt geduldet, er paßt sich also auch nicht den dort herrschenden Denkgewohnheiten an. Er hält und entwickelt sich in den Dörfern und Fabriken und drückt deshalb auch drastisch die Realität dort aus. (Natürlich auch die Dorf-Beschränktheit, aus der dann die „Muedersproch-Gesellschaft“ ihre romantische Idylle herstellt.) Wenn Dialekt benutzt wird, ist das oft eine bewußte Aggression gegen die wissenschaftlichen Schleimer und Herrschaftstechniker.

Wir können das nicht nachmachen. Wir haben den Dialekt nicht gelernt oder in unsrer Erziehung verlernt. Der Dialekt grenzt die Leute aus den Dörfern auch gegen uns ab – deshalb sind wir noch lange nicht ausgeschlossen. Das schlimmste aber ist Politjargon in Dialektfärbung, aus Gründen der Volkstümlichkeit.

## 6. Rhetorik

Versammlung der Bürgerinitiativen im Gasthaus Fischerinsel, Weisweil. H. S., Gewerbelehrer, früher Junge Union, jetzt SPD, führt – wie immer den Vorsitz. „Verehrte Anwesende ... ich eröffne ... ich darf bitten ... möchte die Wortmeldung zurückstellen ...“

(Die meisten stehen per du, besonders seit der Platzbesetzung.) Die „sehr verehrten Damen und Herren“ orientieren sich am Sitzungs-Stil der Gemeinde- und Vereinsvorstände. Das schließt einige aus, andere dagegen, die diesen Stil beherrschen, übernehmen die Führung. (Bei den Zusammenkünften auf dem besetzten Platz ist das ziemlich anders. Das macht die andere Situation, nachts am Feuer oder im Caravan, und der Einfluß der Elsässer, der Jüngeren; auch weil es dort mehr zu tun und weniger zu repräsentieren gibt.)

Großkundgebung mit 3-4000 Teilnehmern. Es reden zunächst fast nur die Repräsentanten: Partei- und Verbandsbürokraten. Nur einem gelingt es, sich zu profilieren, er ist SPD-Landtagsabgeordneter und Bürgermeister in Weisweil. Dann die Pfarrer. Sie predigen natürlich, aber es ist ein großer Unterschied zu dem windigen Gerede der Politiker. Die Pfarrer, die gegen das KKW mitarbeiten, fühlen sich ehrlich betroffen und wollen helfen. Für die Älteren hat es eine gewaltige Bedeutung, daß der Pfarrer auf ihrer Seite ist. Dann der Vorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Wüstenhagen, ein sehr konsequenter Umweltschützer, den die Regierung inzwischen mit besonderem Haß verfolgt. Er ist eine sehr beliebte Vaterfigur und erklärt, daß wir auf dem Boden der Verfassung und unter dem Schutz der Kirchen stehen.

Und dann L. H., eine Frau aus Weisweil: „Ich bin us Wiswil. Ich schwätz wia mr dert schwätze. Verstehner mi?“ Großes, befreites Geschrei: Ja! „Mir kämpfe jetzt drei Johr, mir hän glähr ze kämpfe, odr? hämmer glähr z'kämpfe oder nit?“ Begeisterter Antwortchor: Ja!!!

Wenn die Redner fertig sind und das Mikrofon offen bleibt, kommen oft noch Leute und erzählen von sich. Einer sagt: „Im Krieg haben sie uns hier alles kaputt gemacht. Ich kam heim aus der Gefangenschaft und da war noch meine Mutter übrig. Dann haben wir zwei alles wieder aufgebaut. Wenn die jetzt wieder alles kaputt machen, dann hört es bei mir auf. Dann kämpf ich bis zum letzten ...“

## 7. Die Zeitung

Am Wachfeuer in Marckolsheim liest abends ein Fischer mehrmals seinen Leserbrief vor, den er an die *Badische Zeitung* geschickt hat. Sehr viele Leute schreiben zur Zeit Leserbriefe und achten genau darauf, was in der Zeitung steht. Die Stimmung der Zeitung ist ein Gradmesser für den eigenen Erfolg. Viele erleben zum ersten Mal, zu welchen Verdrehungen ein „objektiver“ Zeitungsschreiber fähig ist, weil sie zum ersten Mal etwas tun, was in der Öffentlichkeit strittig ist. Die Empörung ist ganz unmittelbar; sie wissen von sich selber, welchen Einfluß die Zeitung hat.

## 8. Flugblätter

Die Bürgerinitiativen haben von Anfang an mit Flugblättern gearbeitet. Die Texte sind nie lang, bestehen aus Informationen und Forderungen in Schlagzeilen. Analysen und längere, zusammenhängende Argumentation sind unerwünscht („das liest keiner“). Die Blätter müssen gut aussehen, in der Druckerei ordentlich gesetzt, auf farbiges Papier gedruckt. Die armseligen hektografierten Blätter werden verachtet, denn Armut gilt als Schwäche. Der Leser soll gleich merken, daß hinter den Flugblättern nicht schwache Studentengruppen stehen, sondern Bürgerinitiativen, die auch über Geld verfügen. (Die Weisweiler z.B. setzen zigtausend Mark aus der Pacht einer Jagdgenossenschaft für den Kampf gegen das KKW ein.)

Die Marckolsheimer Platz-Zeitung *Was wir wollen* (12 Seiten DIN A 4, eine französische und eine deutsche Ausgabe, mit Titelfoto und Zeichnungen) erscheint nur drei Nummern lang, dann gibt es Ärger mit den Autoritäten der Bürgerinitiativen: zu links. Tatsächlich haben besonders die Studenten in der Redaktion aus Gewohnheit lange behelrende Artikel geschrieben, die von der Ölkrise zum Imperialismus und von Fragen des Naturschutzes zur Forderung „Überhaupt keine Industrialisierung!“ vorstießen. Das, meinten die Kritiker, sprengt den Rahmen der Bewegung, ihr geht zu weit. – Die anderen schreiben aber nicht.

Wir haben uns überlegt, Tonbandinterviews zu machen und zu drucken.

Sehr schwierig sind die Probleme mit den Flugblättern und Parteizeitungen der kommunistischen Gruppen. Besonders am Anfang gab es ständig Ärger:

(1) Weil diese Gruppen ihre Erwägungen zu Atomkraftwerk und Bleiwerk grundsätzlich nur gleichzeitig mit ihrem Parteiabzeichen abgeben mochten. Aber gegen Linienstreit und Parteireklame irgendwelcher „Studenten“, die ihnen völlig fremd sind, haben sehr viele Leute starken Widerwillen.